

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst für Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Fringselohn monatlich 80 Pf.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Werbeanzeigen 20 Pf. Insete müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 192.

Dresden, Sonnabend den 21. August 1909.

20. Jahrg.

Der Landes-Parteitag.

Am Sonntag und Montag versammeln sich die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie in Bittau zu erstem Parteitag. Es dürfte zunächst ein Rückblick auf die Tätigkeit und Erfolge des letzten Jahres geworfen werden; dazu wie immer, der Geschäftsbericht des Zentralkomitees. Wir können uns nicht verhehlen, daß die Errungenschaften des letzten Jahres nicht recht befriedigend sind. Unter ungünstigen Verhältnissen mußten wir die Organisations- und Aufklärungsarbeit aufnehmen und durchführen. Schwere Wirtschaftskrisis legte sich wie Alldruck auf das öffentliche Leben; Tausende wackerer Kampfgenossen von dem schmucksten aller sozialen Uebel, der Arbeitslosigkeit, betroffen. Hunderttausende wurden wenigstens empfindlich in ihrem Arbeitsverdienst gekümmert. Solcher Druck drückt doch manchen, solche Not entnervt gewiß Einzelne. Ein solches Recht genügt, zu sparen, wenn es einigermaßen Das Parteiblatt wird in solchen Zeiten von mehreren Leuten zusammen gelesen. Viele Kampfgenossen waren unermüdet, den Wandersitz zu ergreifen. Das sind schätzbare Erfahrungen. Und doch ist es vorwärts gegangen. Zwar auf allen Gebieten, aber die Zahl der in unseren Organisationen festverbundenen Kampfer ist gewachsen und damit die Position in politischen Dingen verbessert worden. Das in so ungünstiger Zeit gelungen ist, haben wir Grund zu Kleinmut. Das erhabene Bewußtsein, daß alles dem vorwärts geht, kann und wird auch die Vertreter der sächsischen Sozialdemokratie in Bittau beleben.

Aber selbst auch dann, wenn die Krise uns schlimmere Schläge hätte dürften und brauchen wir nicht verzagen. Nicht das kann maßgebend sein, was wir in einem bestimmten Moment errungen oder verloren haben. Sehen wir zurück, so eröffnet sich uns ein Ausblick auf eine glänzende Zukunft. Ist nicht die Stärke, wo die Landeskonferenz tagt, selbst ein Beispiel hierfür. Was war uns vor 15 Jahren, was ist es uns jetzt. Ein kleines, in den Reihen kämpfte oft vergeblich, oft auf neue zurückgeworfen. Gegen eine Welt von Widerwärtigkeiten und Feindhänden. Oft schien es, als habe reaktionäre Niedertracht uns zu Boden gedrückert. Jetzt ist aus dem Häuflein ein Organ von mehr als tausend organisierter Genossen gewachsen. In Bittau ein Parteiorgan entstanden, das die Aufgabe übernommen hat, die Aufklärung in der Provinz zu verbreiten. Es ist vorwärts gegangen, ruhig und stetig, ein Zeichen der Gesundheit und Kraft, so hat sich die sozialdemokratische Partei in Bittau, so hat sie sich in ganz Sachsen entwickelt. Neben den Verhandlungen über den Geschäftsbericht, die Organisation und Agitation wird das Gemeinbewußtsein ein wichtiger Beratungsgegenstand werden. Die Bittauer sind es zu lieben gesehen, wenn dieser Punkt einer Gemeindevorstandeskonferenz zur Vorbereitung überwiegen worden. Mandate an dem Programm könnte wohl noch festgelegt werden. Es ist ja auch das Verlangen laut geworden, die Erledigung dieses Punktes zu verschieben, um die Zeit und Gelegenheit zu einer gründlicheren Vorbereitung zu schaffen. Es wäre gewiß kein Nachteil, wenn dieser Antrag Folge gegeben würde, denn ein Programm kann nicht leichtfertig erlassen werden. Wie die Landesversammlung aber auch beschließen möge, hoffen wir, daß auch das neue Programm unseren Gemeindevorstandern ein zuverlässiger Führer in den oft verworrensten kommunalen Aufgaben werden. Es ist uns mit dem neuen kommunalpolitischen Wegweiser in der Hand mehr noch als bisher gelingen möge, in den Gemeindepolemik und sozialpolitischen Wirken zu verschaffen.

Eine ganz besondere Bedeutung aber geben dem Landesparteitag diesmal die bevorstehenden Landtagswahlen an. Es ist hier nicht nötig, eingehend auseinanderzusetzen, wie wichtig der nahe bevorstehende Landtagwahlkampf für uns ist. Es sei nur nochmals daran erinnert, daß wir zum ersten Male unter einem neuen Wahlrecht in den Kampf treten, und dieser zum ersten Male, seitdem die Sozialdemokratie sich auch an dem Ringen auf landespolitischem Gebiete beteiligt, in ganz Sachsen, in allen Wahlkreisen entzünden wird, während bisher nur immer ein Drittel der Wahlkreise neuereuert wurde.

Die Landeskonferenz wird sich mit den kommenden Wahlen beschäftigen. Es erscheint ausgeschlossen, daß neue Gesetze erlassen oder unwirksame Beschlüsse gefaßt werden könnten. Denn für die sächsische Sozialdemokratie ist der Wech-

sel, die Aufgabe einfach. Wir wissen, wo der Feind steht, wir können uns keinen Augenblick unklar darüber sein, daß wir das ganze bürgerliche Lager gegen uns haben, daß wir allein auf uns angewiesen sind. Wir sind uns auch darüber klar, daß uns das Wahlrecht unserer Wahlerfolge entsprechende Erfolge nicht zuläßt, daß wir vielmehr den Kampf mit einer Wählermasse führen müssen, die zum größten Teile entrechtet ist. Aber es sind auch nicht die Mandate, die uns faden. Wir gehen in erster Linie in den Landtagswahlkampf, um der sächsischen Reaktion eine Schlappe zu liefern, die Gelegenheit zu bieten, Tausende von neuem über deren Schandtaten aufzuklären und neue Anhänger für uns zu gewinnen. Daß dieser Kampf diesmal auf der ganzen Linie entzündet, wird der Landtagswahlbewegung einen größeren Zug geben.

Wenn sich die Landesversammlung mit dem Landtagswahlkampf beschäftigt, wird sie das in erster Linie in dem Sinne tun, die Bedeutung dieses Wahlkampfes in das rechte Licht zu rücken, die Augen der Genossen mehr noch als bisher darauf hinzulenken und anfeuernd auf unsere Scharen zu wirken. Das ist in erster Linie die Aufgabe bei dem Punkte Landtagswahlen. Fort mit Meinungsverschiedenheiten. Es gilt jetzt, zusammenzuschließen, die konzentrierte Macht einer einheitlichen Agitation zu entfalten. Behält man das im Auge, dann wird die Landeskonferenz den Wahlkampf glänzend einleiten.

Sollte dabei die Frage der Stichwahlen mit verhandelt werden, so wollen wir nur hoffen, daß ein Beschuß zustande kommt, der uns eine möglichst einheitliche Richtschnur gibt, den einzelnen Kreisen aber auch einen gewissen Spielraum zur Berücksichtigung besonderer Verhältnisse sichert. Vor allem darf es kein Beschuß werden, der uns hindert, die schlimmsten Kolonnen der Reaktion wirkungslos zu bekämpfen. Die Frage ist insofern von größerer Bedeutung, weil wir in sehr vielen Wahlkreisen an Stichwahlen beteiligt sein werden. Wir haben aber auch hier das Vertrauen zur Landeskonferenz, daß sie auch diese Frage mit zweckmäßigem Blick zum Besten der Partei lösen wird.

Mögen die Verhandlungen dazu führen, die Hoffnungen der Genossen zu beleben, neuen Kampfesmut zu entfachen. So gerüstet, werden wir auch alle Hindernisse überwinden und die Sozialdemokratie Sachsens zu neuen Erfolgen und Siegen führen.

Deutsches Reich.

Der rote Ehrenkranz.

Der Bericht des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei an den in diesem Jahre in Leipzig stattfindenden Parteitag läßt leider erkennen, daß das rote Heer im abgelaufenen Jahre wieder einen nicht unwesentlichen Zuwachs erfahren hat. ... Als ichreibe die Rheinisch-Westfälische Zeitung und ähnlich klingt es jetzt aus zahlreichen Blättern aller bürgerlichen Parteien. Der Bericht unseres Parteivorstandes ist unseren arbeitsamen Leben liberos unangenehm aufgestoßen. Das reiche arbeitsame Leben unserer Partei, der opferwilligen Opfer unserer Parteigenossen in allen Landesteilen, die Fortschritte, die trotz so ungünstiger wirtschaftlicher Zustände im letzten Jahre wieder erzielt wurden, das alles wirkt auf die bürgerliche Presse wie eine Lieberklärung. Sie hätte sich von den Vorgebirgen der Reichsverbände so gern verführen lassen, sie hätte sich in die Klauen eingelebt, daß die Sozialdemokratie wirklich und wahrhaftig bei den Bülowischen Göttensohnen niedergeritten sei; sie hätte eine ständige Publika eingeführt, in der man vom Niedergang der Sozialdemokratie schwätzte, sobald einmal irgendwo in einer kleinen Gemeinde ein Paar Stimmen unserer Partei verloren gingen. So hat sie seit Jahren das wirkliche Leben unserer Partei überhaupt nicht gesehen. Sie glaubte schon über die „ausgeschaltete“ Sozialdemokratie lachen zu dürfen. Und nun dieses harte Erwachen!

Besonders bezeichnend sind auch die Ausführungen, die der Reichsbote, das Blatt der Berliner Sozialdemokraten und frommen Hochdamen, zum Kassenbericht des Parteivorstandes macht:

„Diese Zahlen reden eine harte eindringliche Sprache. So hart, so arbeitskräftig und so reich ist in Deutschland die revolutionäre, dem Unklug von Staat und Gesellschaft erstrebende Partei, die in immer weiteren Volkskreisen vordringt. ... Alles, was heute aus irgend einem Grunde mit keiner Lage unzufrieden ist, wendet sich, wie früher der Fortschrittspartei, jetzt der Sozialdemokratie zu. Nicht bloß die Arbeiter, sondern auch Beamte in Staat und Gemeinde, Lehrer und Professoren, Ärzte und sogar Geistliche gibt es, die der Sozialdemokratie zugeneigt sind, wenn ihre Namen auch nicht in dem Parteiverzeichnis stehen. ... Dieser Glaube an die sozialdemokratischen Theorien, so verkehrt und niederlich sie bleiben auch sind, und nicht weiter als blutige Revolution trüglerisch überleben auch sind, und nicht weiter als blutige Revolution (Zu 1.) aber keine dauernden friedlichen Zustände hervorbringen können, erweckt doch große Sympathie. Arbeitsloste und unterdrückte Bevölkerung, und eine ganze Anzahl radikaler intelligenter Arbeiter hat der Sozialdemokratie öffentlich oder mehr noch im Geheimen ihre Dienste gewidmet.“

Diese Artikel des Reichsbotes und anderer Blätter sind ein

beachtenswertes Symptom für den Stimmungswandel, der sich in den bürgerlichen Parteien zurzeit vollzieht. Man versucht nicht mehr, sich selber was vorzumachen, sondern rechnet wieder mit dem weiteren Aufstieg der Sozialdemokratie als einer unabänderlichen Tatsache.

Ein Vortrag Wilhelm II. über Sozialismus.

Im Pariser nationalen Hotel Goulois wird über die Einbrüche berichtet, die der fromme Herzog de la Salle de Rochemaure bei Gelegenheit eines Besuches von Wilhelm II. empfangen hat. In diesem Bericht, der sonst nicht viel Interessantes enthält, heißt es u. a.:

„Das Gespräch wandte sich dann dem Sozialismus zu. Der Kaiser äußerte sich lange und lebhaft über Sozialismus, doch hält sich der Herzog nicht für befugt, diese Meinungen mitzuteilen.“

Das ist recht schade, denn es wäre immerhin interessant gewesen, zu erfahren, wie sich der Deutsche Kaiser zu dem Ausländer über seine eigenen deutschen sozialdemokratisch gesinnten Landesknechte geäußert hat. Jedenfalls geht aus dem Bericht des französischen Herrn soviel hervor, daß es nicht am Kaiser liegt, wenn neuerdings keine mit Ausländern geführten politischen Unterhaltungen in die Öffentlichkeit dringen.

Vom Staatsangehörigkeitsgesetz.

Einem Wunsch des Reichstages entsprechend, wird im Reichsamt des Innern eine Vorlage bearbeitet, die die Staatsangehörigkeit regelt. Ein Reichsbürgerrecht gibt es in Deutschland nicht; es besteht nur die Staatsangehörigkeit zu den einzelnen Bundesstaaten, und auch das ist überall verschieden geregelt. In einzelnen Bundesstaaten hat man die Möglichkeit, aus dem Untertanenverband auszutreten, wenn man nicht mehr im Staatsgebiet wohnt, in Bayern dagegen kann man überhaupt nicht aus dem Untertanenverband austreten. Letzteres hat insofern seine Nachteile, als ein bayerischer Staatsangehöriger sich im Ausland die Staatsangehörigkeit überhaupt nicht erwerben kann, sobald dort ein Zugewinn über den Austritt aus dem bayerischen Untertanenverband gefordert wird. Eine ganz besondere Härte liegt auch darin, daß ein Deutscher, der 10 Jahre im Ausland wohnt und es verläßt, sich in die Matrikel des Konsulats eintragen zu lassen, in den meisten Bundesstaaten keine Staatsangehörigkeit verliert und bei seiner Rückkehr als Ausländer behandelt wird.

Das neue Gesetz soll nun nicht bloß eine Einheitlichkeit schaffen, sondern auch vor dem Verlust der Staatsangehörigkeit bewahren. Eine sehr bedenkliche Neuerung soll aber in das Gesetz eingefügt werden: nämlich, daß der Verlust der Staatsangehörigkeit sofort eintritt, sobald der Angehörige eines deutschen Bundesstaates in fremde Kriegsdienste tritt. Man will auf diese Weise vermeiden, daß sich zum Beispiel in der französischen Fremdenlegation Soldaten deutscher Nationalität befinden. Das wäre noch eine besondere Strafe für junge Leute, die sich in ihrer Unbedachtsamkeit für die Fremdenlegion anwerben lassen. Sie werden im wahren Sinne des Wortes vaterlandslos; denn mit dem Eintritt in die Fremdenlegion ist ja nicht der Erwerb des französischen Staatsbürgerrechts verbunden.

Man wird das Gesetz, wenn es vorliegt, recht genau prüfen müssen, um zu verhindern, daß die bestehenden Härten durch andere neue Härten ersetzt werden.

Auch eine Folge der neuen Steuern.

Die Einführung der neuen Steuererlasse hat für Preußen allein 300 neue etatmäßige Beamtenstellen notwendig gemacht. Die Belegung einer so großen Zahl neuer Stellen verursacht natürlich erhebliche Kosten; dazu kommt dann die Herstellung der neuen Steuerzeichen und, wie man hört, sollen allein für die neue Steuerlagareitenabnahme nicht weniger als 200 000 M. aufgegeben werden sein.

Die neuen Beamten bilden natürlich eine dauernde Last für die Steuerzahler der Einzelstaaten, so daß neben der Belastung durch die indirekten Steuern auch diese neuerliche Mehrausgabe von den Steuerzahlern getragen werden muß.

Folgen der Brausteuererhöhung.

Die Bahnhofsleute in der Provinz Schleswig-Holstein hatten den Eisenbahnminister erlucht, eine andere Preisberechnung für Getränke auf allen Bahnhöfen der Provinz zu genehmigen, „nachdem infolge der Steuernerhöhung pro Sextoliter Bier fünf Mark mehr (11) bezahlt werden müssen“. Der Minister hat geantwortet, daß den Wünschen der Bahnhofsleute nach Möglichkeit Rechnung getragen werden solle. In einer Versammlung der schleswig-holsteinischen Bahnhofsleute zu Neumünster wurde nun beschlossen, jeder einzelne Bahnhofsleiter möge bei der Eisenbahndirektion Altona den Antrag stellen, sich den Preisberechnungen anschließen zu dürfen, die in den betreffenden Städten und Orten üblich sind.

In Duisburg machen sich die Folgen der Bierpreis-erhöhung für die Wirte gleichfalls sehr bemerkbar. Die Arbeitervereine streift. Wirtschaften, die bisher einen flotten Abendbetrieb hatten, haben sich veranlaßt, nach der Preis-erhöhung aus Mangel an Gästen schonzeitig zu schließen, andere Wirte, so in Ruhrort, machen bekannt, daß sie den alten Preis bei gleicher Größe der Gefäße beibehalten. Als lehrreiches Beispiel erwähnt die Köln. Ztg., daß die beiden Kantinenwirte der Sülze Wühler in Ruhrort, die in der vorigen Woche noch 35 bis 40 Sextoliter Bier den Tag umlegten, nach der Erhöhung des Preises von 15